

Aktiv werden gegen den Mietenwahnsinn

Name, Vorname	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl	Ort
Telefon	E-Mail-Adresse

Ich bin Mitglied bei der Partei DIE LINKE:

Ja Nein Ich möchte Mitglied werden

Ich will mehr Informationen zu weiteren Aktivitäten der LINKEN.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE, Niedersachsen in ihrer Landesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzverordnung zu Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet.
Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

Bitte einsenden an: DIE LINKE, Niedersachsen, Mietenkampagne, Goserieide 8, 30159 Hannover

Was tun gegen Mietenwahnsinn?

Bezahlbarer Wohnraum ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Die Menschen müssen immer mehr Geld für die ständig steigenden Mieten ausgeben und nicht wenige werden aus ihren Wohnungen verdrängt. Der Grund: der Wohnungsbau wird nahezu vollständig privaten Wohnungskonzernen überlassen, die Wohnungen als reines Rendite- und Spekulationsobjekt betrachten. Ziel ist nicht, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sondern immer mehr Geld zu verdienen.

Dagegen regt sich zunehmend Widerstand: Mieter*innen protestieren gegen die verfehlte Wohnungspolitik von Bund und Ländern. In vielen Städten gründen sich Mieter*innenbündnisse, es gibt Kampagnen zur Enteignung großer Wohnungskonzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen.

DIE LINKE unterstützt diese Proteste und fordert eine grundsätzlich andere Wohnungs- und Mietenpolitik. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht!

Zahlen und Fakten

Mietenwahnsinn in Zahlen. Die Mieten bei Neuvermietung sind zwischen 2008-2018 vor allem in diesen Städten explodiert.

Hannover	+52,8 %
Braunschweig	+54,9 %
Oldenburg	+50,4 %
Osnabrück	+58,8 %
Wolfsburg	+77,7 %

Quelle: Anfrage des LINKE-Bundestagsabgeordneten Victor Perli an die Bundesregierung

Immer mehr Menschen müssen immer mehr fürs Wohnen ausgeben. Ein Überblick, wie hoch der Bevölkerungsanteil ist, der mehr als 30% des Einkommens fürs Wohnen ausgeben muss.

Hannover	43,3%
Braunschweig	41,1%
Göttingen	35,4%

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

**Bezahlbare Miete
statt fatter
Rendite!**

Handlungsoptionen für gutes
und bezahlbares Wohnen

www.dielinke-nds.de/wohnen

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN





Bauen, bauen, bauen?

Es wird überall gebaut, und trotzdem fehlen Wohnungen. Denn das, was gebaut wird geht an der Nachfrage der Menschen vorbei. Neubauwohnungen sind fast ausschließlich im Hochpreissegment angesiedelt und dienen der Vermögensanlage. In einigen Städten ist der Platz außerdem sehr knapp und es gibt kaum noch freies Bauland, so dass gar nicht „immer mehr“ gebaut werden kann. Deshalb ist es vollkommen verkehrt, den Wohnungsbau der Privatwirtschaft zu überlassen. Der Markt regelt es nicht! Neubau muss sich an den Bedarfen der Menschen orientieren.



Nur ein Großstadtthema?

Jahrelang zogen immer mehr Menschen in die Städte. Grund dafür ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge auf dem Land immer weiter kaputt gespart wird: Kindertagesstätten und Schulen werden geschlossen, die Gesundheitsversorgung ist in vielen Gegenden kaum gewährleistet und das Angebot an Bus- und Bahnverkehr wird ständig reduziert. Zudem fehlen kulturelle Angebote. In diesen Bereichen muss deshalb stark investiert werden, um das Leben auf dem Land für die Menschen wieder attraktiver zu machen.

Mietendeckel sofort!

Die LINKE will durch ein Gesetz den Kommunen in Regionen eines angespannten Wohnungsmarktes die Möglichkeit geben, Mietsteigerungen für 5 Jahre zu unterbinden. Wir fordern außerdem:

- die Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Reduzierung der Miete bei zu hoher Belastung des Einkommens (Mietbelastungsquote von mehr als 30 Prozent).
- eine Offensive im sozialen Wohnungsbau

Offensive im sozialen Wohnungsbau!

- die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und die Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, Wohngenossenschaften und alternativer Wohnprojekte
- 100.000 neue Sozialwohnungen in den nächsten 5 Jahren statt Subventionierung privater Konzerne

Enteignung

Die LINKE setzt sich für die Enteignung von Immobilienhaien ein, die ihre Marktmacht schonungslos ausgenutzt haben.

Vor Ort konkret helfen

Wir fordern Milieuschutz, das heißt niemand soll aufgrund gestiegener Mieten aus seiner Wohnung ausziehen müssen.

Die LINKE ist daher gegen den Verkauf von öffentlichen Flächen! Kommunen sollen selbst bauen oder Grundstücke in Erbpacht vergeben. Wir fordern eine Vergabe von Bauland nach sozialen Kriterien.

weitere Infos auf www.dielinke-nds.de/wohnen



DIE LINKE. Niedersachsen
Goseriede 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 9245910
Fax: 0511 9245911

www.dielinke-nds.de
landesbuero@dielinke-nds.de